

## Ergebnisniederschrift

Sitzung des Ausschusses Dienstleistungen der IHK für München und Oberbayern,  
Donnerstag, 01.02.2024, 16:00 – 18:30 Uhr, Handelskammersaal, IHK für München  
und Oberbayern, Max-Joseph-Str. 2, München

### Tagesordnung

	<b>Seite</b>
<b>TOP 1 Begrüßung</b> Detlef Dörrié Vorsitzender	<b>1</b>
<b>TOP 2 Europawahl – IHK-Forderungen</b> Christoph Angerbauer Mitglied der Hauptgeschäftsführung IHK für München und Oberbayern	<b>2</b>
<b>TOP 3 Europawahl – Schwerpunktthemen für die Wirtschaft</b> Prof. Dr. Angelika Niebler Mitglied des Europäischen Parlaments	<b>3</b>
<b>TOP 4 Diskussion</b> <ul style="list-style-type: none"><li>- Entbürokratisierung</li><li>- Green Deal / Sustainable Finance</li><li>- Digitalisierung (v. a. Digitaler Euro, KI, Datenschutz)</li><li>- Arbeitskräftesicherung</li><li>- A1-Bescheinigung / Single Digital Gateway</li></ul>	<b>4</b>
<b>TOP 5 Aktuelles aus der IHK</b> Martin Drognitz und Claudia Schlebach	<b>4</b>
<b>TOP 6 Verschiedenes / Get-together</b> Detlef Dörrié Vorsitzender	

Beginn der Sitzung: 16:00 Uhr

Ende der Sitzung: 18:30 Uhr

#### Anlagen:

- Gesamtpräsentation
- Praxisbeispiele
- Arbeitspapier Europapolitische Handlungsfelder aus Sicht der Dienstleistungswirtschaft
- Teilnehmerliste

## **TOP 1 Begrüßung**

Detlef Dörrié, Vorsitzender des IHK-Ausschusses Dienstleistungen, begrüßt alle teilnehmenden Ausschussmitglieder und Gäste. Er spricht einen besonderen Dank an Frau Prof. Dr. Niebler aus und gratuliert ihr zu ihrem 25-jährigen Jubiläum als Mitglied des Europäischen Parlaments. Ferner begrüßt Herr Dörrié Herrn Angerbauer, Mitglied der Hauptgeschäftsführung der IHK für München und Oberbayern, der die Positionierung der IHK und des DIHK zur Europapolitik vorstellen wird. Herr Dörrié gibt den Hinweis, dass die Fotos, welche im Vorfeld der Sitzung mit Frau Prof. Dr. Niebler gemacht wurden, gerne auf den Sozialen Medien geteilt werden dürfen. Dies gilt auch für alle kommenden Sitzungen.

## **TOP 2 Europawahl – IHK-Forderungen**

Nach einer kurzen Begrüßung richtet Herr Angerbauer einen Appell an die Zuhörer, bei den kommenden Europawahlen am 09. Juni wählen zu gehen. Europa ist Herzstück und Antrieb für die europäische Wirtschaft. So feierte der europäische Binnenmarkt im letzten Jahr sein 30-jähriges Bestehen. Es geht darum, den geschaffenen Wohlstand und Frieden in Europa zu erhalten, die Wettbewerbsfähigkeit zu steigern und weiteres Wachstum anzustreben. Er fügt an, dass allerdings auch rund ein Drittel der Wähler Parteien wählen, die die Europapolitik blockieren. Daher ist eine hohe Wahlbeteiligung wichtig – das Wahlalter startet bei 16 Jahren, die Europawahl darf nicht zur Protestwahl werden.

Europapolitische Handlungsfelder für die Dienstleistungswirtschaft sind aus Sicht der IHK/des DIHK:

- Offene Grenzen wahren, mehr internationale Handelsabkommen, Harmonisierung von Standards für einen Dienstleistungs- und Warenverkehr ohne Beschränkungen
- Bürokratieabbau (konkret: One-in-one-out-Regel (für jedes neue Gesetz soll ein bestehendes Gesetz abgeschafft werden)
- Digitale Verknüpfung von Verwaltungsverfahren voranbringen.

Herr Dörrié ergänzt, dass vor allem folgende Themen die Dienstleister betreffen:

- Bürokratieabbau:

- Weg vom Dirigismus hin zu globalen Steuerungsinstrumenten (z.B. CO2-Steuer)
- Grenzüberschreitende Dienstleistungen  
A1-Formular abschaffen, eDeclaration und Single Digital Gateway für alle Mitgliedsstaaten
- Lieferketten-Sorgfaltspflichtengesetz (LkSG), IHK positioniert sich dagegen, da es zu erschwerter Regulatorik führen würde; die Enthaltung Deutschlands wird als positiv wahrgenommen
- Sustainable Finance: analog LkSG KMUs <250 Mitarbeiter von Berichtspflichten ausnehmen, Kompromiss Basiskomponente des „Voluntary SME Standards“
- Provisionsverbot/Richtlinie zum Schutz von Kleinanlegern:  
Nebeneinander von provisionsbasierten und honorarbasierten Vergütungssystemen, keine Abschaffung von Provisionen. Beschränkung der Meldepflichten.
- KI und AI-Act:  
Einfache, klare, konkrete Umsetzungsregeln und Spezifizierung der Hochrisiko-Klassifizierung, Handlungsspielräume öffnen.
- Datenschutz und -nutzung:  
Datenverfügbarkeit, Datenschutz realistisch und praktikabel.

### **TOP 3      Europawahl – Schwerpunktthemen für die Wirtschaft**

Herr Dörrié bittet Frau Prof. Dr. Niebler zu berichten, welche Themen aus Sicht der EVP (Europäische Volkspartei) zu erwarten sind und an welchen Punkten die teilnehmenden Ausschussmitglieder Einfluss nehmen können, bevor sie in nationales Gesetz umgewandelt werden.

Frau Prof. Dr. Niebler berichtet, dass Themen auf europäischer Ebene weitestgehend langfristig angelegt sind. Auch wenn im Falle einer Krise die Reaktionen schnell sein müssen, wird in Europa in der Regel ein Fünf-Jahres-Plan erstellt. Die veröffentlichten „Green Paper“ und „White Paper“ enthalten relevante Themen und verfolgen das Ziel, eine Diskussion mit relevanten Akteuren in Form eines Konsultationsprozesses anzuregen. Frau Prof. Dr. Niebler ermutigt, sich frühzeitig mit diesen Inhalten zu beschäftigen. An dieser Stelle bedankt sie sich auch bei der IHK als gute Ratgeberin, die stets klare Aussagen der Unternehmer an die

Politik weitergibt. Die Politik in Brüssel ist auf diese direkte Rückmeldung aus der heimischen Wirtschaft angewiesen.

Als nächste große Themen nennt sie

- **Migration**
  - Im Dezember 2023 wurde ein Migrationspakt mit großem Effekt verabschiedet. Es wird Aufnahmezentren an der Grenze geben, die die Bleibeperspektive im Schnellverfahren prüfen als „geordnetes Verfahren“.
- **Sicherheit / Verteidigung**
  - Brigade der Nato
  - Eigenes Satellitenkommunikationssystem im Aufbau
- **Stärkung Standortattraktivität / Wettbewerbsfähigkeit**
  - Stärkung des Binnenmarkts
  - Handelsabkommen abschließen
  - Bürokratieabbau:  
**Dr. Markus Pieper** als neuer **Mittelstandsbeauftragter**; berichtet direkt an die den EU-Kommissar Breton und erhält Vetorecht; Hoffnung auf Bürokratieabbau.

Insgesamt sollte in Brüssel auf einige wenige Themen fokussiert werden und lediglich Rahmenbedingungen abgesteckt werden, die Handlungsspielräume lassen. Bisher werden Vorgaben häufig von der Kommission und den nachgelagerten Behörden zu detailliert festgelegt.

Zu den Themenschwerpunkten der Dienstleistungswirtschaft gibt sie folgende Auskunft:

- **A1-Bescheinigung**

Die Idee war, Schwarzarbeit zu verhindern. Besser als die bisherige Handhabung wäre es z.B. eine App mit Sozialversicherungscode zur Prüfung vorzulegen.
- **Lieferkettensorgfaltspflichtengesetz**

Die Ausgestaltung wurde mit der Zeit immer komplexer und umfangreicher (v.a. Detailgrad, Haftungsregelungen, Verweise auf nachgelagerte Gesetze). Problematisch war, dass erst am Schluss die Enthaltung Deutschlands verkündet wurde. Zukünftig wäre es besser, im Prozess mitzuwirken.
- **AI/KI**

Regulierung ist grundsätzlich gut, da keiner social scoring, biometrische Echtzeiterfassung, Massenverfahren möchte. Im Dezember fand die Schlussredaktion statt mit Einteilung in Hochrisiko-, Mittel und No-Risk Kategorien mit entsprechenden Dokumentationsanforderungen.

## TOP 4 Diskussion

Herr Dörrié dankt Frau Prof. Dr. Niebler und leitet in die anschließende Diskussionsrunde ein.

- **Künstliche Intelligenz**

- Europa muss seine Wettbewerbsfähigkeit dringend verbessern. Regularien führen zu einer Ausbremsung der Unternehmen. Ein konkretes Praxisbeispiel aus der Vermittlung von IT-Personal zeigt auf, dass Unternehmen sehr schnell dem Hochrisikobereich zugeordnet werden – damit können sie nicht einmal mehr in den internen Verwaltungsprozessen Large Language Models wie Chat-GPT einsetzen. Auf diese Weise sind viele Chancen nicht nutzbar. Hinzu kommt, dass möglicherweise eine Zertifizierung nötig wird, welche mit zusätzlichen Kosten und Personalaufwand einhergeht, so dass gerade der Mittelstand einen Wettbewerbsnachteil erleidet.
- Inkrafttreten der neuen Regelungen des AI-Act in 36 Monaten – sinnvoll wäre, dann nochmal einen „Praxischeck“ zu machen – zudem sich in der Zeit sehr viel weiterentwickelt. Die EU handelt nach dem Prinzip der Risikokategorisierung, während die USA einfach handeln.
- Datenschutz: Der Grundsatz der Datensparsamkeit ist durch KI überholt. Auch Startups sind für ihre Weiterentwicklung auf eine DSGVO angewiesen, die Spielräume und Möglichkeiten bietet. Um nicht vom internationalen Wettbewerb abgehängt zu werden, sollte nachgesteuert werden. Besser wäre noch, wenn Regulierungen auf einen festen Zeitraum begrenzt würden.

- **Bürokratie**

- Es wird die Frage gestellt wie das One-in-one-out verbindlich gestaltet und gelebt wird. Im Juni 2023 stand das Verhältnis von entfernten zu neuen Regulierungen bei 1 zu 5.
- Startups berichten von überbordender Bürokratie, zu viel Controlling und Statistikmeldungen sowie Problemen beim Finanzierungszugang.
- Es wird angemerkt, dass auf EU-Ebene ein grundsätzliches Problem herrscht. Was die Deutschen erleben, ist noch die Umsetzung des 5-Jahres-Plans. Die damalige Priorisierung hat nicht auf die entstandenen Krisen gepasst.

- Frau Prof. Dr. Niebler: Auch wenn die EU einen Zwang hat alles regulieren zu müssen, ist es in der Kommission bereits bekannt, dass eine Veränderung stattfinden muss. Frau Von der Leyen traf bspw. die Entscheidung, dass 25 % der Berichtspflichten zurückgefahren werden müssen. Allerdings unterscheidet sich die Theorie von der Praxis. Zum Bürokratieabbau ist ein institutionell verankerter Stopp nötig, der Allgemeinsatz eines One-in-one-out-Prinzips ist nicht zielführend. Ein weiteres Problem ist die institutionelle Verankerung sowie die Tiefe der Regulatorik. Verordnungsvorschläge arten in Detailregulierungen aus, die von praxisfernen Entscheidungsträgern entworfen werden. Wichtig ist: EU sollte nur Grundsätze formulieren und Spielräume lassen. Regelungen sollten nach 5 Jahren evaluiert werden. Methoden sollten überdacht werden, z.B. CO2-Bepreisung statt detaillierte Berichtspflichten. Übergeordnetes Ziel sollte die Wettbewerbsfähigkeit sein.
- **ESG/Lieferkettensorgfaltspflichtengesetz**
  - Kleine (Finanz-)Dienstleister sind nicht berichtserstattungspflichtig aufgrund der Betriebsgröße. Dennoch sind sie betroffen, weil Auftraggeber Berichtspflichten einfordern, so dass sie mittlerweile ein Reporting zu erfüllen haben, das dem der großen Konzerne entspricht. Dem nachzukommen ist sehr zeit- und mitarbeiterintensiv.
  - Es ist schwer, sich als Wirtschaftsprüfer im Detail mit ESG-Einheiten der jeweiligen Unternehmen auseinander zu setzen. Eine Erwartung der Politik soll umgesetzt werden und Wirtschaftsprüfer stehen dadurch in der Verantwortung, Greenwashing zu verhindern – was objektiv nicht leistbar ist – weder vom Unternehmer noch vom Wirtschaftsprüfer.
  - Chance: Anhand eines Beispiels im Bereich der Immobilienentwicklung wird aufgezeigt, dass die Regulatorik neue Geschäftsansätze fördert – v.a. in der Beratung.
  - Frau Prof. Dr. Niebler:  
Ursprünglich wurde die Taxonomieverordnung entwickelt, um zu definieren was als nachhaltig angesehen werden kann. Die Umsetzung allerdings ist aus den Fugen geraten, darunter leiden die Unternehmen nun. USA: Macht punktuelle Verbote (z.B. für Produkte, die mit Kinderarbeit hergestellt werden) statt Berichtspflichten. Das ist besser.

Frau Prof. Dr. Niebler bedankt sich für den Austausch. Ihr zufolge ist das Untermauern der Positionen mit Praxisbeispielen von großem Wert für die Politik. Herr Dörrié lädt Frau Prof. Dr. Niebler zu einer Halbzeitevaluierung in 2 Jahren ein, um gemeinsam mit ihr und dem Ausschuss zu besprechen, welche der Themen wie umgesetzt wurden. Zusätzlich kündigt er eine potenzielle Reise des Dienstleistungsausschusses nach Brüssel an. Die Idee findet Anklang.

Frau Prof. Dr. Niebler und Herr Angerbauer verabschieden sich und verlassen die Sitzung.

## **TOP 5      Aktuelles aus der IHK**

Herr Drognitz berichtet aus der Vollversammlung:

- Umlagesenkung: Der Umlagehebesatz geht rückwirkend für 2023 von zuvor 0,1 Prozent auf 0,032 Prozent des Gewerbeertrags bzw. Gewinns zurück. Im Jahr 2024 wird der Umlagesatz bei 0,09 Prozent liegen. Die Grundbeiträge bleiben unverändert.
- Mehr Digitalisierung in der Verwaltung: In ihrem Positionspapier fordert das Parlament der Wirtschaft, das Once-Only-Prinzip einzuführen. Das hieße, dass Unternehmen, aber auch Bürger, nur noch einmal ihre Informationen eingeben müssten und die Ämter dann diese Daten untereinander austauschen.
- Helmut Schönenberger, Mitgründer und CEO der UnternehmerTUM GmbH: Dort würde pro Woche ein wachstumsstarkes Unternehmen gegründet werden. Halte UnternehmerTUM sein Wachstumstempo bei, könne man bald in einer Liga mit dem Silicon Valley oder China spielen. Als Nachteile für das Ökosystem nannte er Bürokratie und auch Vergabethemen.

Danach berichtet Herr Drognitz über die Entwicklungen im Bereich Bürokratie (siehe Anlage Gesamtpräsentation). Das von der Bundesregierung ausgerufene Belastungsmoratorium (Sep 2022) wurde nicht ernstgenommen. Belastungen für die Unternehmen sind somit weiter signifikant gestiegen. Laut einer aktuellen Studie der KfW sind Datenschutz, Steuer- und Arbeitsrecht sowie lange Verwaltungsverfahren die am häufigsten genannten Innovationshemmnisse. Der DIHK hat seinen Unmut in dem kürzlich erschienenen Brandbrief an Herrn Scholz kundgetan (wurde den Ausschussmitgliedern zugeleitet). Die IHK fordert, die Hoffnungen an das BEG IV nicht zu enttäuschen. Es werden mutige Schritte statt kleinteiliger Anpassungen benötigt. Ferner sollen Nachhaltigkeitsberichtspflichten ausgesetzt werden (bspw. soll das EU-Lieferkettengesetz gestoppt und das deutsche Lieferkettengesetz entschlackt werden).

Frau Schlebach berichtet zu Themen aus dem Tagesgeschäft der IHK (siehe Anlage Gesamtpräsentation). Beispielsweise ist die IHK ein bei folgenden Themen involviert:

- Praxischeck „Voluntary SME Standard“, um Berichtspflichten von KMUs gegenüber Banken und in der Lieferkette zu reduzieren/standardisieren.
- KMU-Grenzen für Berichtspflichten erhöht (ca. 25% ~Inflationsrate seit 2013).
- Kommt Betriebsmittelvariante im LfA Gründerkredit?
- Nebeneinander von Provisionsbasierter- und Honorarberatung  
(Verhandlungen zu einer partiellen Abschaffung: Keine Provision bei online-Verkäufen, nur Provision bei Erstberatung/Verkauf incl. Beratung, keine fortlaufende jährliche Provision, keine Provision bei Anpassung bestehender Verträge).
- Digitaler Euro (aktuell läuft 2-jährige Testphase, dann finale Entscheidung).
- Wohnungskredite (BMF und BaFin wollen nur bei Erreichen eines bestimmten Einkommens einen Immobilienkredit herauslegen).
- E-Rechnung praxisingerecht gestalten (Richtlinienentwurf "VAT in the Digital Age" (ViDA), Deutschland: E-Rechnungssysteme für inländische B2B-Umsätze vorangetrieben, vgl. hierzu den Regierungsentwurf des Wachstumschancengesetzes)
- DSGVO-Überarbeitung im Frühjahr.

Ergebnisse der Halbzeitevaluation im Ausschuss Dienstleistungen:

Mit einer Durchschnittsnote von 1,61 liegt der Ausschuss Dienstleistungen besser als der IHK-weite Durchschnitt. Die Ausschussmitglieder hätten gerne ein 2–3-mal jährliches Präsenzformat mit aktiverer Mitwirkung an politischen Entscheidungen. Eine „Verjüngung“ durch Einbindung neuer kleiner und großer Unternehmen wird gewünscht sowie eine bessere Verzahnung innerhalb des Ausschusses. Der Wunsch einer kumulierten Kontaktdatenvergabe wurde geäußert, alle stimmen der Weitergabe ihrer Kontaktdaten innerhalb des Ausschusses zu. In der weiteren Arbeit wird auf das erhaltene Feedback eingegangen. So wird bspw. die nicht genutzte Ehrenamtsplattform eingestellt. Alle Informationen zur Ausschussarbeit sind weiterhin auffindbar auf der Website der IHK München. Politiker werden vermehrt zum Austausch eingeladen.

Herr Dörrié stellt die kommenden Termine des Ausschusses Dienstleistungen vor:

- **Sommersitzung: 23.07.24**, 16:00 – 18:30 Uhr  
mit dem Staatssekretär des Bayerischen Staatsministeriums für Wirtschaft, Landesentwicklung und Energie, Tobias Gotthardt
- **Herbstsitzung: 07.11.24**, 16:00 – 18:30 Uhr





München und  
Oberbayern

Zur Sommersitzung sind auch **gerne externe Gäste eingeladen**, die Interesse an der Ausschussarbeit bei der IHK äußern. Es wird darum gebeten Interessierte im Vorfeld bei Frau Schlebach ([claudia.schlebach@gmx.de](mailto:claudia.schlebach@gmx.de)) oder Frau Wild ([wild@muenchen.ihk.de](mailto:wild@muenchen.ihk.de)) anzukündigen. Im Vorfeld der Sommersitzung werden wir nochmal abfragen, auf welche Themen der Fokus gelegt werden soll und Vorschläge dafür zuleiten.

## **TOP 6      Verschiedenes / Get together**

Abschließend bedankt sich Herr Dörrié bei allen Teilnehmenden sowie Gästen für die Partizipation und die angeregte Diskussion. Im Nachgang zur Sitzung werden Beispiele für Frau Prof. Dr. Niebler zusammengestellt und ihr mit einem Arbeitspapier des Ausschusses Dienstleistung zu den Europapolitischen Handlungsfeldern aus Sicht der Dienstleistungswirtschaft zugesandt (Beides ist als Anlage beigefügt). Die Sitzung wird um 18:30 Uhr beendet und es wird zu einem Get-together eingeladen.

Tanja Wild  
(Protokollführerin)

Detlef Dörrié  
(Vorsitzender des Ausschusses)

01. Februar 2024